



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der
Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Bundesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e. V.**

Frage 1)

Barrierefreiheit beginnt im Kopf. Die UN-Konvention fordert für Menschen mit Behinderungen ein verbessertes „Zugehörigkeitsgefühl“ zum gesellschaftlichen Leben. Wie wird Ihre Partei helfen, dies zu erreichen?

Ein verbessertes Zugehörigkeitsgefühl im Sinne der UN-Konvention kann nur dann entstehen, wenn Menschen mit Behinderungen von Anfang an mitten in der Gesellschaft sind. Barrieren in den Köpfen können dann weniger leicht entstehen. Unser Ziel ist deshalb, gemeinsame Lebensräume für Menschen mit und ohne Behinderungen zu schaffen. Menschen mit Behinderungen müssen von klein auf die Chance haben, ihr Leben überall dort zu verbringen, wo sie wollen. Diese selbstbestimmte und barrierefreie Teilhabe gilt für alle Lebensbereiche, von Kindergärten und Schulen, der Arbeitsstelle und dem Wohnbereich bis zur Frage der Mobilität von Menschen mit Behinderung.

CDU und CSU haben sich in der noch laufenden Legislaturperiode dafür eingesetzt, mehr für diese gemeinsamen Lebensbereiche zu tun. Die neue Maßnahme „Unterstützte Beschäftigung“ schafft neue Chancen für eine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Insbesondere Abgänger aus Förderschulen werden von der neuen Maßnahme profitieren. Wir haben im Bundestag dafür gekämpft, dass dauerhaft ausgelagerte Werkstattplätze im Arbeitsbereich und ausgelagerte Werkstattplätze im Berufsbildungsbereich ausdrücklich im Sozialgesetzbuch IX genannt werden. Das Ziel ausgelagerter Werkstattplätze muss immer ein Arbeitsvertrag sein. Menschen auf ausgelagerten Werkstattplätzen sollen aber nicht deshalb in eine Werkstatt zurückkehren müssen, weil sie keinen Arbeitsvertrag abschließen können. Sie sollen dauerhaft im Betrieb bleiben können. Betroffene, Werkstätten und Betriebe haben jetzt mehr Rechtssicherheit bei ausgelagerten Werkstattplätzen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat beschlossen, Integrationsämtern mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Integrationsämter können mit den zusätzlichen Mitteln helfen, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Arbeitsplätze zu sichern.

Im Bereich Wohnen ist es etwa gelungen, Alternativen zu Heimunterbringungen von Kindern mit Behinderungen zu stärken. Es ist jetzt gesetzlich ausdrücklich geregelt, dass Kinder mit Behinderungen, die nicht in ihrer Herkunftsfamilie verbleiben, in Pflegefamilien betreut werden können. Wir wollen, dass vor einer Heimunterbringung geprüft wird, ob eine Unterbringung in einer Pflegefamilie möglich und sinnvoll ist. CDU und CSU haben über ein Jahr im Bundestag für die neue Regelung gekämpft.

Auch im Bereich Mobilität von Menschen mit Behinderungen hat die Union Barrieren beseitigt. Es war lange unklar, ob Menschen mit dem Merkzeichen „B“ im Schwerbehindertenausweis eine Begleitperson im öffentlichen Personenverkehr kostenlos mitnehmen dürfen oder ob sie eine Begleitperson mitnehmen können, wenn sie das wollen. Die unklare Formulierung im Schwerbehindertenausweis führte sogar dazu, dass Menschen mit dem Merkzeichen „B“ nicht in öffentliche Schwimmbäder durften, weil sie keine Begleitung dabei hatten. CDU und CSU hatten bereits vor vielen Jahren für eine andere Formulierung gekämpft. Die damalige rot-grüne Mehrheit im Bundestag hatte dies aber abgelehnt. In dieser Legislaturperiode konnte die Union ihren Vorschlag durchsetzen. Es ist jetzt klargestellt, dass Menschen mit dem Merkzeichen „B“ im Schwerbehindertenausweis eine Begleitperson mitnehmen können, wenn sie das wollen. Wir haben uns darüber hinaus dafür eingesetzt, dass Menschen, die im Rollstuhl mobil sind, zu mehreren in Bussen befördert werden dürfen. Die ursprüngliche Regelung sah vor, nur einen Rollstuhlfahrer mitzunehmen. Menschen mit Behinderungen können bald ihren Assistenzhund zusammen mit einer Begleitperson kostenlos im öffentlichen Personenverkehr mitnehmen, zuvor beförderten Verkehrsunternehmen häufig nur Assistenzhunde oder Begleitpersonen kostenlos.

Die Union wird sich weiter dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen mitten in der Gesellschaft ihre Rechte wahrnehmen können und damit das „Zugehörigkeitsgefühl“ im Sinne der UN-Konvention stärken. Insbesondere im Bereich des Arbeitslebens wird die Union sich dafür einsetzen, Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu stärken, beispielsweise durch ein Persönliches Budget für Arbeit oder einen Kombi-Lohn für Menschen mit Behinderungen. Anders als in der Denkschrift zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen angedeutet, sieht die Union die Ziele der Konvention in Deutschland noch nicht umgesetzt.

Frage 2)

Wettbewerbsrecht wird zunehmend auch auf den Bereich der Rehabilitation angewandt. Ist Ihre Partei mit uns der Meinung, dass die Rehabilitation behinderter Menschen zu den Kernaufgaben unseres Sozialstaats gehört und nur einem Wettbewerb der Qualität unterliegen sollte?

Grundsätzlich ist gegen Wettbewerb auch im Bereich der Rehabilitation nichts einzuwenden. Entscheidend ist eine hohe Qualität für die Betroffenen. Bei vergleichbarer Qualität muss aber der Preis entscheiden. Wichtig ist, dass nicht ständiger Trägerwechsel zu Lasten der Betroffenen geht. Die gewonnene Kompetenz muss bei einem Wechsel erhalten bleiben. Kostenträger, die

ausschreiben, müssen ihre Ausschreibungsunterlagen so gestalten, dass ein hohes Maß an Qualität gesichert wird. Außerdem ist gerade für die Betroffenen wichtig, dass die Kostenträger die Qualität der Ausschreibungsgewinner konsequent überprüfen.

Frage 3)

Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, damit mehr Unternehmen der Erwerbswirtschaft Menschen mit Behinderungen einen Praktikumsplatz, einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz anbieten können?

Die Union hat in der noch laufenden Legislaturperiode beschlossen, Anreize für Unternehmen zu steigern, Menschen mit Behinderungen eine Beschäftigung zu geben. Hier sind etwa der oben bereits erwähnte Beschäftigungszuschuss für Langzeitarbeitslose, die Maßnahme „Unterstützte Beschäftigung“ oder die vermehrten Mittel für Integrationsämter zu nennen. Hinzu kommen weitere Maßnahmen, wie ein erhöhter Ausbildungsbonus für neugeschaffene Ausbildungsplätze, eine Berufseinstiegsbegleitung, die insbesondere Förderschülern zugute kommt und erhöhte Gutscheine für die Vermittlung schwerbehinderter Arbeitssuchender.

Die Union wird sich weiter dafür einsetzen, notwendige Fördermöglichkeiten zu verbessern. Hierzu gehört z. B. ein „Budget für Arbeit“ und ein „Kombi-Lohn“.

Frage 4)

Ist Ihre Partei mit uns der Meinung, dass ein Rechtsanspruch auf eine Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen weiterhin ohne Einschränkung bestehen sollte?

Auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf müssen Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Deshalb ist es der Union wichtig, dass diese Menschen weiterhin einen Rechtsanspruch auf eine Beschäftigung haben.

Frage 5)

Angesichts des Diskriminierungsverbotes ist für behinderte Menschen in Werkstätten eine zumindest dreijährige berufliche Bildung erforderlich. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dieses Ziel im Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen verbindlich werden zu lassen?

Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf haben ein Recht auf berufliche Bildung. Es ist gut, dass ihnen der Berufsbildungsbereich in und außerhalb von Werkstätten diese berufliche Bildung ermöglicht. Hierbei müssen die Fähigkeiten und Interessen der Betroffenen und die später ausgeübte Tätigkeit im Mittelpunkt stehen. Die Union ist weiterhin offen für Diskussionen zur weiteren Verbesserung des Berufsbildungsbereiches, auch hinsichtlich seiner Dauer.

Frage 6)

Werden Sie uns dabei unterstützen, für mehr Menschen aus Werkstätten Möglichkeiten zu schaffen, sich zu qualifizieren und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten?

Die Union unterstützt das Anliegen und die Aufgabe von Werkstätten, Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten. CDU und CSU haben im Bundestag etwa im Bereich ausgelagerter Werkstattplätze gesetzliche Klarstellungen erreicht, wie unter 1) bereits ausgeführt. Auch die Unterstützte Beschäftigung ist grundsätzlich für Menschen in Werkstätten geeignet, gleichwohl sie in den allermeisten Fällen nur Menschen vor dem Eintritt in die Werkstatt betreffen wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich allein in dieser Legislaturperiode in zwei Kongressen mit der Frage befasst, wie die Möglichkeiten von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verbessert werden kann. Sie wird sich weiter dafür einsetzen, die Chancen von Werkstattbeschäftigten zu verbessern, im allgemeinen Arbeitsmarkt „Fuß zu fassen“, beispielsweise über ein „Budget für Arbeit“ oder einen „Kombi-Lohn“.

Frage 7)

Stehen Sie mit uns dafür ein, staatliche Nachteilsausgleiche für die Einstellung von Werkstattbeschäftigten einzuführen, z. B. finanzielle Zuschüsse an Arbeitgeber?

Menschen mit Behinderungen müssen mehr Möglichkeiten haben, alternativ zu Werkstätten, in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes tätig zu sein. Insbesondere im Bereich des Arbeitslebens wird die Union sich dafür einsetzen, Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu stärken, beispielsweise durch ein Persönliches Budget für Arbeit oder einen Kombi-Lohn für Menschen mit Behinderungen.

Frage 8)

Werden Sie Werkstätten dabei unterstützen, auch für schwerstbehinderte Arbeitnehmer Integrationsarbeitsplätze zu schaffen?

Werkstätten schaffen Integrationsarbeitsplätze beispielsweise in angegliederten Integrationsbetrieben. CDU und CSU haben sich im Bundestag in der noch laufenden Legislaturperiode für diese Beschäftigungsmöglichkeit eingesetzt. Beispielsweise bestand zuletzt bei der Novellierung des Vergaberechts die Gefahr, dass Integrationsbetriebe im Dienstleistungs- und Baubereich von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden sollten. Das konnte die Union verhindern.

Auch in Zukunft werden wir uns dafür einsetzen, dass für Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf Möglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geschaffen werden können.